

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

Beobachtungen aus dem Kommunalen Monitoring

Befunde zur Herbstbefragung ´22

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau, Uwe Kemmesies

Phänomenmonitoring

Was bisher geschah ...

Im MOTRA-Teilprojekt „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) wurde bereits die dritte Erhebungswelle abgeschlossen und die Daten zur vierten Welle werden bei Drucklegung des vorliegenden MOTRA-Monitors 2022 analysiert. Die enge Taktung von halbjährlichen Befragungswellen ermöglicht eine hochaktuelle Erfassung von Dynamiken im Anfeindungsverhalten gegenüber Amtsträger*innen, das mit veränderten gesellschaftlichen Konfliktlagen und/oder punktuellen Ereignissen sowie damit assoziierten Krisenerscheinungen einhergeht. Dass ein solches Monitoring weiterhin notwendig ist, zeigt zum einen das weiterhin hohe Fallzahlenaufkommen von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen. Trotz eines deutlichen Rückgangs von 17 % der Fallzahlen im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr, in dem wir unter dem Eindruck der pandemischen Situation analog ein konfrontativeres und gewaltaffineres Protestgeschehen beobachteten (vgl. Hutter et al. in diesem Band), befindet sich das Fallaufkommen weiterhin auf einem inakzeptabel hohen Niveau (2021: 6.191 Straftaten – 2022: 5.133 Straftaten; BMI & BKA, 2023, S.18). Zum anderen zeigen Studien, die zunehmend auf Ebene der Bundesländer durchgeführt werden, ein anhaltend hohes Anfeindungsgeschehen gegenüber kommunalpolitisch tätigen Amtspersonen. Beispielsweise gaben in einer jüngst durchgeführten Umfrage des IDZ Jena in Thüringen 51 % der befragten Kommunalpolitiker*innen an, in den letzten fünf Jahren schon einmal von Anfeindungen gegen ihre Person betroffen gewesen zu sein (IDZ Jena, 2023, S.9). Auf eine ähnliche Betroffenenrate weisen auch Studien aus Brandenburg mit einer Quote von 52 % (Klewes et al., 2022, S.9) und Hessen mit 48 % (Bannenberget al., 2021, S.22) hin. Diesen Beobachtungen schließt sich auch KoMo an, das im Hinblick auf das Studiendesign (6-Monats-Prävalenz versus Lebenszeitprävalenz) zwar nur bedingt vergleichbar ist mit den vorangegangenen Studien, aber dennoch Befunde liefert, die komplementär zueinander zu betrachten sind. Der in der KoMo-Ersterhebung (Herbstbefragung '21, vgl. Eberspach et al., 2022, S.2) bisher ermittelte Spitzenwert kann als Reaktion auf die Corona-Proteste und die aggressiv geführte Impfdebatte interpretiert werden. Ein gutes Halbjahr später wurde bei der zweiten Befragungswelle (Frühjahrsbefragung '22) ein Rückgang um 12 % auf 34 % verzeichnet, der allem Anschein nach mit einem Abebben eines radikalen gesellschaftlichen coronabezogenen Diskurses und der Lockerung

der Corona-Maßnahmen in Zusammenhang steht (Bitschnau et al., 2023). Die hier im Betrachtungsfokus stehende dritte Erhebungswelle (Herbstbefragung '22) fand unter gänzlich anderen – wenn auch weiterhin krisenbehafteten – gesellschaftlichen Bedingungen statt.

Die Corona-Krise, mit der unweigerlich für alle Menschen massive, unmittelbar spürbare Auswirkungen auf das alltägliche Leben einhergingen, wurde abgelöst durch einen multiplen Krisenmodus. Dessen Entwicklung wurde ausgelöst durch den Angriff Russlands auf die Ukraine, womit wiederum diverse Krisenerscheinungen und Konfliktthemen verknüpft sind. Der Krieg im Osten Europas hat spürbare und fatale Folgen, insbesondere auch für die Städte und Gemeinden in Deutschland. Von der Energiesicherheit über eine knappe Haushaltslage bis hin zu der Unterbringung von Geflüchteten, sind das Themen, die auf kommunaler Ebene aufschlagen und dort auch kontrovers diskutiert werden. Diese Zustände spiegeln sich auch im Aufkommen politisch motivierter Straftaten wider:

→ MODULÜBERGREIFENDE PERSPEKTIVE

Der erneute Anstieg des Straftatenaufkommens lässt sich konkret auf erhebliche Anstiege in den Phänomenbereichen „PMK – nicht zuzuordnen“ sowie „PMK – ausländische Ideologie“ insbesondere in Verbindung mit den Themen „COVID-19/Corona-Pandemie“ und „Ukraine“ im Kontext des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zurückführen.

Die hiermit vorgelegte Analyse zur dritten KoMo-Erhebungswelle geht der Frage nach, inwieweit diese insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene angespannte Situation Wiederhall im Anfeindungsgeschehen gegenüber den haupt- und ehrenamtlich kommunalpolitisch Verantwortlichen findet.

Methodik und Aufbau

Das „Kommunale Monitoring“ (KoMo) wird weiterhin dem längsschnittlichen Ansatz von MOTRA folgend in einem sechsmonatlichen Turnus im Rahmen einer Frühjahrs- und Herbstbefragung durchgeführt (ausführlich dazu: Eberspach et al., 2022, S.5). Die bundesweite Befragung zu dem subjektiven Erfahren von Hass, Hetze und/oder Gewalt im Amtsalltag richtet sich an alle

haupt- und ehrenamtlichen (Ober-)Bürgermeister*innen sowie Landrät*innen – unabhängig davon, ob derartige Erfahrungen gemacht worden sind oder nicht, um ein möglichst repräsentativ-objektives Gesamtbild für die Bundesrepublik zu schaffen. Bei der Datenerhebung im Rahmen der dritten Welle (Herbstbefragung '22) wurde weiterhin aufgrund zeitlicher und finanzieller Ressourcen einem Single-Mode-Ansatz folgend auf eine teilstandardisierte Onlinebefragung mit dem Umfragetool „LamaPoll“ zurückgegriffen. Die Befragung wurde im Zeitraum von November'22 bis Januar'23 durchgeführt und bezog sich auf das zurückliegende Halbjahr (Referenzzeitraum: 1. Mai 2022 bis 31. Oktober 2022). Im Kern bleibt zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Fragebogen über die verschiedenen Erhebungswellen bestehen (ausführlich dazu: Eberspach et al., 2022, S.5). Es werden lediglich kleinere Anpassungen vorgenommen, was sich durch kleine Variationen, wie das Weglassen oder Hinzufügen (neuer) anlassbezogener Items, auszeichnet. Dies geschieht – wie die Umsetzung des KoMo insgesamt – stets in enger Zusammenarbeit mit den drei kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag sowie Deutscher Städte- und Gemeindebund), die aufgrund ihrer etablierten Kontakte in das zu befragende Feld für eine erfolgreiche Umsetzung des KoMo von entscheidender Bedeutung sind.

Denn weiterhin umfasst die Grundgesamtheit der Befragung alle ehren- und hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen aus circa 11.000 Kommunen der Bundesrepublik (294 Landkreise, 106 kreisfreie Städte und mehr als 10.900 kreisangehörige Städte und Gemeinden). Das KoMo verfolgt weiterhin – über das wissenschaftliche Interesse hinausweisend – das Ziel, den Amtsträger*innen als Plattform zu dienen, sich mitzuteilen und entsprechend das Gefühl zu vermitteln, gehört/wahrgenommen zu werden. Mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände wurden die Amtsträger*innen für die erneute Umfrage mit einem Einladungsschreiben im November 2022 kontaktiert, das unter anderem den Link zur Umfrage, Informationen zur Studie und insbesondere die Kernbefunde der Frühjahrsbefragung '22 zur Rückspiegelung der Befunde, zusammengefasst auf einem „Onepager“, enthielt. Ein Erinnerungsschreiben erfolgte Mitte Januar 2023 und zwei Wochen später wurde die Umfrage abgeschlossen. Es wurde eine auswertbare Nettostichprobe von bundesweit 1.750 (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen generiert, was bei circa 11.000 kontaktierten Personen einer Rücklaufquote von 15,9 % entspricht und damit zwei Prozentpunkte über den beiden vergangenen Befragungswellen liegt. Um auch

eine Repräsentativität der Ergebnisse gewährleisten zu können, wurden die Daten erneut nach Gemeindezahl pro Bundesland am Stichtag 31.12.2020 (Destatis, 2021) gewichtet. Tabelle 1 zeigt die soziodemografische Struktur der KoMo-Stichproben im Verlauf. Es zeigt sich, dass die Vergleichbarkeit der Datenbestände untereinander gegeben ist und sich die Stichproben der bisherigen KoMo-Befragungswellen mit den Stichproben weiterer vorliegender Studien zum gegenständlichen Untersuchungsfeld, wie etwa von der Bertelsmann Stiftung (2008) oder von Lukoschat und Belscher (2014) vorgelegt, decken (ausführlicher hierzu: Eberspach et al., 2022).

Tabelle 1

Soziodemografische Struktur der Stichproben nach Geschlecht und Alter des KoMo im Verlauf

	Stichprobe – Herbstbefragung '21 (N = 1.495) (KoMo 2022)	Stichprobe – Frühjahrsbefragung '22 (N = 1.500) (KoMo 2022)	Stichprobe – Herbstbefragung '22 (N = 1.750) (KoMo 2023)
Geschlecht in %			
Männlich	82	81	84
Weiblich	18	19	16
Gesamt	100	100	100
Alter in %			
Bis 39 Jahre	11	13	10
40–49 Jahre	23	25	23
50–59 Jahre	40	37	41
Ab 60 Jahre	26	25	26
Gesamt	100	100	100

Weiterhin besteht das Problem, dass eine verlässliche Aussage zur Repräsentativität der KoMo-Stichprobe nicht zu treffen ist, da die Grundgesamtheit der hier im Fokus stehenden Gruppe der Amtsträger*innen weder in ihrer quantitativen noch qualitativen Beschaffenheit bekannt ist. Die Stichprobenzusammensetzung stellte sich – wie zu sehen – in den ersten drei Erhebungswellen weitgehend ähnlich dar und weicht auch nicht auffällig von denjenigen vergleichbarer Studien ab. Unter den befragten Amtspersonen dominiert weiterhin das männliche Geschlecht und die Alterskategorie der 50- bis 59-Jährigen.



Zentrale Ergebnisse¹

Diskussionsklima innerhalb kommunaler Räte

Durch das längsschnittlich angelegte Studiendesign ist es möglich, bestimmte Items an neue Gegebenheiten anzupassen beziehungsweise gewonnene Erkenntnisse aus vergangenen Erhebungen im Rahmen von KoMo oder anderen Studien gewinnbringend zu verwerten. So verhielt es sich auch mit dem oben genannten Item „Diskussionsklima innerhalb der Gemeinde-/Städteräte/Kreistage“. Aufgrund von Angaben in Freitextfeldern der vorhergehenden Erhebungswellen wurde offensichtlich, dass etwaige Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträger*innen nicht nur von außen herangetragen werden, sondern auch innerhalb des behördlich-politischen Arbeitsalltags – insbesondere über den ‚parlamentarischen‘ Alltag in Gemeinde-/Stadträten oder Kreistagen – geschehen. Dies findet indirekte Bestätigung in einer aktuellen Studie aus Brandenburg, die auf Grundlage qualitativer Interviews festhält, dass „[...] sich die politische Kultur in den Gremien spürbar geändert“ (Klewes et al., 2022, S.57) habe.

Wie schätzen Sie das aktuelle Diskussionsklima innerhalb der Gemeinde-/Stadträte/Kreistage ein?



Abbildung 1: Einschätzung des Diskussionsklimas innerhalb der Räte – Betroffene versus Nichtbetroffene

¹ Im folgenden Ergebnisteil wurde zur Prüfung etwaiger Unterschiede und Zusammenhänge auf statistische Signifikanz zwischen den drei gängigen Signifikanzniveaus * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$ und *** $p < 0.001$ unterschieden. Dies bedeutet, dass die vorgefundenen Unterschiede beziehungsweise Zusammenhänge mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % (*), 99 % (**) beziehungsweise 99,9 % (***) nicht zufällig zustande gekommen sind, sondern auf einen systematischen, belastbaren Befund hindeuten, was im Text jeweils mit den angefügten Sternchen (*) angezeigt ist.

Um dieser These in einem ersten Schritt nachzugehen, wurde mittels eines sogenannten semantischen Differenzials der Versuch unternommen, die Einschätzung des Diskussionsklimas innerhalb der Räte abzufragen. Wie Abbildung 1 anschaulich illustriert, wird das Diskussionsklima in den Räten insgesamt im Durchschnitt als mittelmäßig verrohrt (4/7 Skalenpunkte) wahrgenommen. Dabei schätzen jene Amtspersonen, die im Referenzzeitraum Anfeindungen erlebt haben, das Diskussionsklima im Durchschnitt etwas verrohrt ein als die Vergleichsgruppe. Mit genauerer Betrachtung demografischer Merkmale jedoch zeigt sich, dass vor allem Frauen (3,8*** versus 3,5), Amtspersonen aus städtischen Gebieten mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (3,6* versus 3,5) und Amtspersonen aus Ostdeutschland (3,7*** versus 3,5) das Diskussionsklima in den Räten signifikant verrohrt wahrnehmen als die jeweilige Vergleichsgruppe.

Erfahrungen mit Hass, Hetze und Übergriffen

Insgesamt gaben 39 % der Befragten an, im zurückliegenden Halbjahr (Mai–Oktober 2022) Anfeindungen gegen ihre Person erlebt zu haben, wovon 79 % auf verbale/schriftliche Anfeindungen, 20 % auf Hasspostings im Netz und 1 % auf tätliche Übergriffe entfielen.

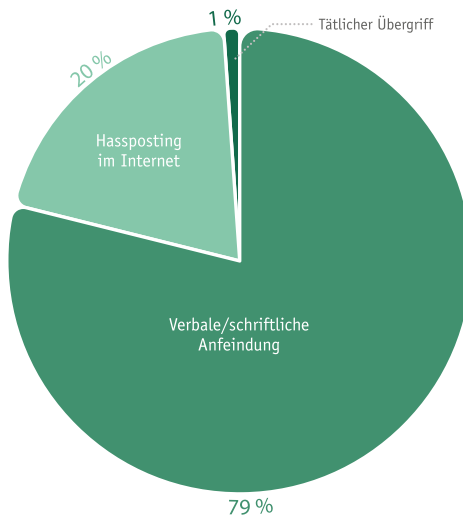


Abbildung 2: Anfeindungskategorien

Demnach fand folglich nach wie vor ein Großteil der direkten Anfeindungen in Gestalt verbaler/schriftlicher Anfeindungen im analogen Raum statt. Hinsichtlich der Häufigkeit des Auftretens selbst erlebter Vorfälle gaben die Befragten an, im Durchschnitt ein- bis zweimal im Monat persönlich von verbalen/schriftlichen Anfeindungen und/oder Hasspostings betroffen gewesen zu sein. Wenn eine Person einen tätlichen Übergriff im zurückliegenden Halbjahreszeitraum erlebt hat, geschah dies im Durchschnitt seltener. Diese Beobachtungen decken sich mit den Befunden der ersten zwei KoMo-Befragungen: Es kristallisiert sich ein vergleichsweise stabiles Muster des Anfeindungs geschehens heraus, das ein weiterhin anhaltend raues diskursiv-politisches Klima in den Kommunen erkennen lässt. Das zeigt sich unter anderem auch im Anfeindungs geschehen gegen enge Familienangehörige beziehungsweise gegen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung. Hier gaben 9 % (5 % mehrmals, 4 % einmalig) der befragten Amtsträger*innen an, dass im zurückliegenden Halbjahr Familienangehörige Anfeindungen und Übergriffe erlebt haben. Davon in Form von Beleidigung (40 %), Verleumdung (18 %), Bedrohung/Nötigung (16 %), sozialer Ausgrenzung (10 %), Diskriminierung (6 %), Stalking (3 %) und Sonstiges (7 %). Dabei berichten weibliche Amtspersonen signifikant häufiger von Anfeindungen gegen Familienangehörigen als ihre männlichen Amtskollegen (12 %* versus 8 %). Somit stellt die Gruppe von weiblichen Amtspersonen eine besonders vulnerable Gruppe dar, wenn es um Anfeindungen gegen Familienangehörige geht.

Mit Blick auf die Gruppe der Mitarbeiter*innen, für die kommunale Amtsträger*innen letztlich personalverantwortlich sind, wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie in ihrer Amtszeit ebenso Anfeindungen und/oder Übergriffe gegenüber ihren Mitarbeiter*innen erlebten. 42 % (32 % mehrmals, 10 % einmalig) der befragten Amtspersonen gaben an, diese bereits erlebt zu haben. Diese fanden – ähnlich wie bei den Familienangehörigen – in Form von Beleidigungen (45 %), Bedrohung/Nötigung (20 %), Verleumdung (17 %), Diskriminierung (5 %), körperlichen Übergriffen und Sachbeschädigung mit jeweils 3 %, sozialer Ausgrenzung und Stalking (jeweils 2 %) und Sonstige (3 %) statt. Diese Zahlen – insbesondere mit Blick auf die Mitarbeiter*innen – zeigen, dass nicht nur Personen, die im öffentlichen und damit sichtbaren Raum stehen, Anfeindungen erleben, sondern auch diejenigen, die im vermeintlichen Hintergrund arbeiten und zur Zielscheibe von hasserfüllten Botschaften werden.

Kommen wir auf das durch die befragten Amtsträger*innen selbst erfahrene Anfeindungsgeschehen zurück, so ergibt sich in Bezug auf den zuletzt erlebten Vorfall folgendes Verteilungsbild der unterschiedlichen Art und Weisen, wie Anfeindungen erlebt wurden: In 44 % der Fälle handelte es sich um eine Verleumdung/üble Nachrede, gefolgt von Beleidigungen (36 %) sowie Bedrohung/Nötigung und Nachstellung (12 %). Mit jeweils 2 % der berichteten Fälle folgen Diskriminierung, Volksverhetzung, Erpressung und Sachbeschädigung.

Auf die Frage nach den vermuteten Anlässen für den zuletzt selbst erfahrenen Vorfall gab ein Großteil der Befragten an, aufgrund seiner*ihrer Rolle als Amtsträger*in (89 %) angefeindet worden zu sein. Davon fällt das Gros auf die eingennommene Rolle als öffentliche Person (62 %), Repräsentant*in der Partei (5 %), auf kommunalpolitische Sachthemen (24 %) sowie politische Sachthemen (9 %), insbesondere zu den Themenfeldern Energie (-sparmaßnahmen), Verkehr und Bau, wie es über die ergänzenden Angaben in den Freitextfeldern ersichtlich wird. Weiterhin gab fast jede*r Zehnte (8 %) an, im Sinne von Hasskriminalität aufgrund individueller Merkmale Anfeindungen erlebt zu haben, die sich insbesondere auf die soziale Herkunft, das Aussehen und auf die Geschlechtszugehörigkeit sowie auf die nationale Herkunft bezogen haben. Darüber hinaus bezogen sich 3 % der Vorfälle auf die Familie beziehungsweise enge Angehörige.

Mit Blick auf die vermutete Motivation hinter dem zuletzt erlebten Vorfall wurde das Item nach der Ersterhebung entsprechend angepasst, da sich durch eine Auswertung der Freitextfeldangaben gezeigt hat, dass neben der handlungsmotivierenden politischen und religiösen Haltung der Täter*innen offensichtlich auch persönliche Motive eine wichtige Rolle spielen. Dies findet – im Einklang mit den Befunden der Zweiterhebung (Bitschnau et al., 2023, S.5) – in der hier dokumentierten dritten Erhebungswelle Bestätigung: Es zeigt sich, dass offenbar weiterhin persönliche Beweggründe des*der Täter*in eine zentral-motivierende Rolle spielen, insofern die Betroffenen die erlebten Anfeindungen durch allgemeine Unzufriedenheit/Frustration (25 %), durch Unzufriedenheit mit kommunalen Entscheidungen (18 %), durch erhöhtes Anspruchsdenken und eine damit assoziierte Unfähigkeit, Konflikte auszutragen (jeweils 14 %), sowie durch Unkenntnis zu und mangelnde Informiertheit über (konkrete) politische (Entscheidungs-)Prozesse (12 %) motiviert sehen. Weniger relevant

scheinen ideologisch-weltanschauliche Überzeugungen beziehungsweise politische und/oder religiöse Motive: Mit jeweils 5 % ordnen die Befragten die Motive als eindeutig politisch rechts oder als in einer parteipolitischen Gegnerschaft begründet ein, gefolgt von einer radikalen Positionierung, die sich auf eine konkretes Thema oder soziale Bewegung bezieht (4 %), und schließlich einer als eindeutig politisch links vermuteten Motivlage (2 %). Weniger als 1 % der Vorfälle wurden als eindeutig religiös motiviert verortet.

Die Antworten auf die Frage, wie mit den zuletzt erfahrenen Vorfällen konkret umgegangen wurde, lassen verschiedene Bewältigungs- beziehungsweise Handlungsstrategien offenkundig werden. Diese haben sich offenbar seit der Ersterhebung zum Ende 2021 nicht grundlegend gewandelt: Nahezu jede vierte befragte Person (22 % - 2021: 28 %) gibt an, den Vorfall ignoriert zu haben. Gut ein Fünftel der Befragten haben sich Unterstützung bei Familie/Freund*innen gesucht (18 %), während ein etwa ähnlich großer Teil Unterstützung bei Partei/Kolleg*innen gesucht hat (16 % - 2021: 16 %) beziehungsweise den Vorfall anderweitig gemeldet hat (8 %). In nahezu jedem fünften Fall ist der*die Betroffene aktiv in den direkten Dialog mit dem*der Täter*in (17 % - 2021: 18 %) getreten.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass nur wenige Vorfälle zur Anzeige gebracht werden (12 % - 2021: 14 %), wobei 7 % (2021: 10 %) aller Befragten angeben, die Vorfälle zu erfassen, zu sammeln und dann gebündelt an Justiz/Polizei zu melden. Auffällig ist, dass der prozentuale Anteil der zur Anzeige gebrachten Vorfälle im Falle von Anfeindungen gegenüber engen Familienangehörigen mit 24 % doppelt so hoch ist wie im Fall von auf die eigene Person bezogenen Anfeindungen. Kommt es zu Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter*innen, ist das Anzeigeverhalten noch einmal deutlich stärker ausgeprägt: Mit 47 % wird nahezu jeder zweite Vorfall zur Anzeige gebracht. Die Toleranzgrenze der befragten Amtsträger*innen ist im Fall selbst erfahrener Anfeindungen offenbar deutlich weiter gesteckt als im Falle fremd erfahrener, auf Personen aus dem unmittelbaren privat-familiären und beruflichen Umfeld bezogenen Anfeindungen.

Wie Abbildung 3 illustriert, üben erlebte Anfeindungen nach wie vor einen starken Einfluss auf das persönliche Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden der Betroffenen aus. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein tätlicher Übergriff erlebt wurde. Entsprechend der eingesetzten fünfstufigen

Bewertungsskala fühlen sich die Befragten im Fall erlebter Anfeindungen zwar insgesamt weniger bedroht (Mittelwert: 2,7), allerdings erleben sie sich gleichwohl erkennbar betroffen und verletzt (Mittelwert: 3,4) und weniger von Justiz und Sicherheitsbehörden geschützt (Mittelwert: 3,6). Diese Werte stellen sich auffällig negativer bei der Untergruppe derer dar, die tätlichen Angriffen ausgesetzt waren.

Einschätzung Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden

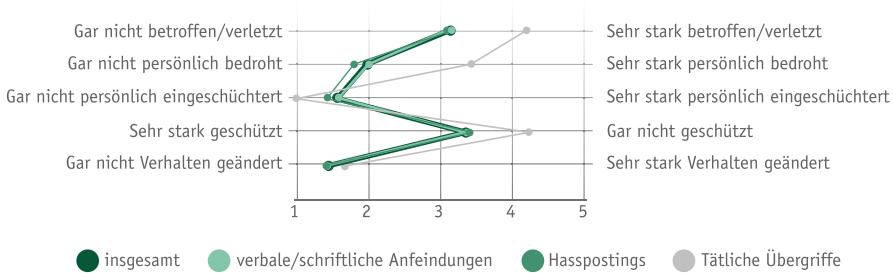


Abbildung 3: Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden nach Anfeindungskategorien

Insbesondere für die Ableitung handlungspraktischer Konsequenzen ist offensichtlich eine binnendifferenzierende Betrachtung notwendig. So fällt weiterhin auf, dass sich – ähnlich wie bei der Einschätzung des Diskussionsklimas – offenbar unterschiedlich vulnerable Gruppen herauskristallisieren, insofern wir ein auffällig abweichendes Bedrohungsempfinden beobachten. Beispielsweise geben weibliche Amtspersonen, ehrenamtlich Tätige und Amtsträger*innen aus dem ländlichen Raum insgesamt ein signifikant höheres Bedrohungsempfinden an, obwohl diese Gruppen nicht durch ein stärkeres Anfeindungsaufkommen betroffen sind – im Gegenteil: Während weibliche und männliche Amtspersonen quasi gleichermaßen (42 % versus 39 %) betroffen sind, stellt sich die Betroffenheitsquote bei hauptamtlich gegenüber ehrenamtlich Tätigen (46 %*** versus 31 %) und bei Amtspersonen im städtischen Raum (Gemeinden/Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern) signifikant höher dar (50 %*** versus 34 %). Hier greift offensichtlich das sogenannte ‚Kriminalitätsfurcht-Paradox‘ (ausführlich: Noack, 2015, S. 87 ff.), das eine Diskrepanz zwischen dem objektiven Kriminalitätsbeziehungsweise Viktimisierungsrisiko und der subjektiven Kriminalitätsfurcht beschreibt und in Teilen auf eine mögliche und gefühlte Vulnerabilität bestimmter Personengruppen zurückzuführen ist.

Einhergehend mit einem erhöhten Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden, zeigt sich darüber hinaus auch, dass die erlebten Vorfälle für die Befragten nicht folgenlos sind. Acht von zehn Betroffenen (82 %) berichten von konkreten Auswirkungen – auch auf die psychische und physische Gesundheit. Demnach geben die Betroffenen an, unter Folgen wie depressiven Verstimmungen (Abgeschlagenheit/Antriebslosigkeit, 13 %), Problemen bei der Ausübung der (politischen) Arbeit (8 %), Angst oder Unruhe (7 %), körperlichen Beschwerden (6 %), Konzentrationsschwierigkeiten (5 %), Verhaltensänderungen aufgrund von Angst (4 %) sowie Problemen im engeren sozialen Umfeld (3 %) zu leiden. Unabhängig von den hier angesprochenen psychosomatischen Reaktionen gab jede fünfte betroffene Person (20 %) an, durch die Anfeindungen eine Rufschädigung davonzutragen, was mit einem Plus von 6 % deutlich oberhalb des entsprechenden Vergleichswerts der Ende 2021 durchgeführten Ersterhebung liegt. Bedenklich mit Blick auf ein demokratisch strukturiertes Gemeinwesen sind vor allem vier Beobachtungen. Erstens: 8 % der Betroffenen haben für sich die Konsequenz gezogen, ihre Meinung nicht mehr wie bisher im politischen Diskurs beziehungsweise bei der Amtsausübung frei zu äußern. Zweitens: 9 % haben in Reaktion auf die erlebte Anfeindung konkret darüber nachgedacht, ihr Amt beziehungsweise Mandat niederzulegen. Drittens: 10 % erwägen einen Rückzug aus dem Amt, indem sie nicht erneut kandidieren werden, und viertens: 5 % erwägen eine Abmeldung ihrer Accounts in den sozialen Medien, um potenzielle Anfeindungen via Social Media zu vermeiden.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend und mit Rückblick auf die vorangegangenen Erhebungen lässt sich festhalten, dass sich das bisherig beobachtete Anfeindungsgeschehen gegenüber Amtsträger*innen sehr dynamisch darstellt – quasi analog zur Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklungen seit Aufnahme von KoMo. Eine Dynamik, die offenbar durch den fortwährenden gesellschaftlich-globalen Krisenmodus getrieben ist. Während in der Herbstbefragung 2021 (Halbjahresprävalenz erlebter Anfeindungen: 46 %) die erfassten Anfeindungen einen deutlichen Bezug zur Corona-Pandemie erkennen ließen, ebten Hass und Hetze gegenüber

Amtsträger*innen mit einer sich entspannenden pandemischen Lage zur Frühjahrsbefragung 2022 (34 %) wieder ab – auch weil die weitestgehende Aufhebung der Corona-Maßnahmen zu einer Veränderung im öffentlichen Diskurs führte. Abgelöst wurde dies allerdings durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit einhergehenden Konsequenzen im Bereich Energiesicherheit, Waffenlieferungen und Unterbringung von Geflüchteten. Themen und Diskurse, die (un-)mittelbare Folgen für die Kommunen haben und sich damit in Teilen auch im Anfeindungs-geschehen gegenüber Amtspersonen von 39 % in der Herbstbefragung 2022 widerspiegeln. Zu erkennen ist dies unter anderem in den getätigten Angaben in den Freitextfeldern, die vermehrt im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der hieraus resultierenden Politik stehen, wie „Energiekrise“, „Energiepolitik“, „Energiewende“, „Windkraft“ und „Flüchtlinge“. Wie auch aus der medialen Berichterstattung zu dieser Zeit ersichtlich, konkretisieren sich diese Themen im Verwaltungsalltag der Kommunen – dies gilt insbesondere für den Themenkomplex ‚Fluchtmigration‘ und die damit einhergehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Geflüchteten.

Dass die Kommunen mit einer konfliktgeladenen Gemengelage von Herausforderungen konfrontiert sind, illustrieren die Rückmeldungen zur Frage, welche drei größten Herausforderungen derzeit im Amtsaltag zu bewältigen sind. Neben der knappen Haushaltslage werden am zweithäufigsten das angespannte Verhältnis zu den Bürger*innen beziehungsweise das bisweilen offenkundig werdende Anspruchsdenken sowie drittens die Auswirkungen der Bundes- und Landespolitik auf die Kommunen als belastend wahrgenommen. Hiermit sind ganz offensichtlich weitere Ursachenbündel für das über KoMo abgebildete Anfeindungs-geschehen gegenüber Amtspersonen angesprochen.

Das KoMo ist eingerichtet worden, um dieses sich offensichtlich im steten Fluss befindliche Geschehen abzubilden – und zwar nicht nur, um einem wissenschaftlichen Selbstzweck zu dienen, sondern um einerseits den Betroffenen eine Plattform zu bieten, sich kollektiv quasi in Echtzeit hinsichtlich ihrer Sorgen und Nöte im Amtsaltag mitzuteilen und damit andererseits eine verlässliche aktuelle empirische Grundlage zu bieten. Damit soll eine präventiv ausgerichtete Praxis evidenzbasiert unterstützt werden, um eine ‚kommunale‘ Alltagspraxis zu fördern, aus der weniger,

idealerweise keine Hetze und Hass mehr hervorgehen. Allein die regelmäßige Dokumentation des Anfeindungsaufkommens signalisiert den Betroffenen, dass sie nicht allein dastehen.

Das von den Befragten wahrgenommene Spannungsverhältnis zwischen (Kommunal-)Politik und den Bürger*innen in Verbindung mit dem persönlich belastenden Erleben von Hass und Hetze wirken sich offenkundig negativ auf die haupt- und ehrenamtliche Arbeit vor Ort aus. Das ist äußerst misslich, denn die hier befragten Amtsträger*innen sind auf der zentralen politischen Umsetzungsebene verantwortlich tätig: Dort, wo die Menschen leben, in den Kommunen und Gemeinden. In den Rathäusern gilt es, die parlamentarisch-demokratisch errungenen politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammenzuführen sowie umzusetzen und sind damit für die Bürger*innen greif- und erfahrbar im Alltagsgeschehen. In den Kommunen wird Demokratie damit unmittelbar erlebbar und lebendig, weshalb Hass und Hetze eine existenzielle Bedrohung für ein gelingendes demokratisch verfasstes Gemeinwesen darstellen.

Das in MOTRA eingebettete KoMo leistet so einen Beitrag, über ein systematisches Monitoring das gesamtgesellschaftliche Radikalisierungsgeschehen mit dessen regionalräumlichen Besonderheiten fortlaufend zu erfassen, um so eine evidenzbasierte Politik und Praxis zu fördern, die sich stets im Bemühen um ein friedvolles gesellschaftliches Miteinander auf der Höhe der Zeit befindet.

Literatur

- Bannenberg, B., Pfeiffer, T. & Erb, D. (2021). *Gewalt gegen Bürgermeister in Hessen*. Abgerufen von https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf [20.06.2023].
- Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag & Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008). *Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland*. Abgerufen von https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf [20.06.2023].
- Bitschnau, S., Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2023). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Aktuelle Befunde aus der Frühjahrsbefragung 2022*. Abgerufen von https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/motra_KoMoBericht_Fruhjahrsbefragung_22.pdf [20.06.2023].
- Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskriminalamt (BKA) (2023). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen*. Abgerufen von https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktbereiche/PMK/2022PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [19.06.2023].
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung - Herbstbefragung 2021*. Abgerufen von https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/KoMo_Beobachtungen-und-Befunde-zur-Ersterhebung_Herbstbefragung2021.pdf [20.06.2023].
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ Jena) (2023). *Demokratie unter Druck – Anfeindungen auf Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik und Beschäftigte der Kommunalverwaltung Thüringens*. Abgerufen von https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Angriffe_Kommunalpol_verw_2023.pdf [20.06.2023].
- Klewes, J., Rauh, C., Wazinski, C., Bäcker, N.-K. & Change Centre Consulting GmbH (2022). *Ergebnisbericht zur Studie. Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt*, im Auftrag von: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK). Abgerufen von https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf [20.06.2023].
- Lukoschat, H., Belscher, J. (2014). *Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West*. EAF Berlin.
- Noack M. (2015). *Methodische Probleme bei der Messung von Kriminalitätsfurcht und Viktimisierungserfahrungen*. Wiesbaden/Berlin: Springer.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021). *Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Gemeinden in den Ländern nach Einwohnergrößenklassen*. Gebietsstand: 31.12.2020. Abgerufen von https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/Standardtabellen/08_Gemeinden_EinwohnergroessenklassenVorjahr.xlsx?__blob=publicationFile&v=3 [19.06.2023].

